

ÄNDERUNGSANTRÄGE

von Martina Michels zum Entwurf einer Stellungnahme

Monika Vana

(PE569.478v01-00)

Empfehlungen an die Kommission für die Verhandlungen über das
Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA)
(2015/2233(INI))

Änderungsantrag 10

Martina Michels

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 1 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

***1a. verweist auf die Bedeutung, die die
EU den Dienstleistungen öffentlicher
Daseinsvorsorge im Protokoll Nr. 26
VAEU zuerkennt;***

Or. de

Änderungsantrag 29

Martina Michels

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4. ist besorgt, dass die Zuständigkeiten lokaler und regionaler Gebietskörperschaften, die für einen großen Teil der öffentlichen Investitionen in der Kohäsionspolitik der EU zuständig und auch aktiv an der Erbringung wesentlicher öffentlicher Dienstleistungen in der EU beteiligt sind, durch TiSA eingeschränkt werden, so dass ihre Fähigkeit, lokale und regionale Entwicklung zu fördern und das Allgemeininteresse ihrer Bürger zu schützen, reduziert wird;

4. ist besorgt, dass die Zuständigkeiten lokaler und regionaler Gebietskörperschaften, die für einen großen Teil der öffentlichen Investitionen in der Kohäsionspolitik der EU zuständig und auch aktiv an der Erbringung wesentlicher öffentlicher Dienstleistungen in der EU beteiligt sind, durch TiSA eingeschränkt werden, so dass ihre Fähigkeit, lokale und regionale Entwicklung zu fördern, ***die Erbringung von qualitativ hochwertigen Universaldiensten in städtischen Gebieten ebenso wie in entlegenen Gebieten zu***

garantieren und das Allgemeininteresse ihrer Bürger zu schützen, reduziert wird;

Or. de

Änderungsantrag 40
Martina Michels

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5

Entwurf einer Stellungnahme

5. widerspricht jedem Eingriff in den Ermessensspielraum regionaler und lokaler Gebietskörperschaften in Bezug auf Dienstleistungen gemäß Artikel 14 AEUV und Protokoll (Nr. 26) zum AEUV, insbesondere durch Regelung innerstaatlicher Regulierung, Stillhalteklauseln und Ratchetklauseln sowie Vorschriften zur öffentlichen Auftragsvergabe; fordert die Kommission daher auf, öffentliche Dienstleistungen, unabhängig davon, ob sie privat oder öffentlich finanziert sind, ganz aus den Verhandlungen über das TiSA auszuschließen und die Flexibilität der Durchsetzung von Verpflichtungen auf lokaler Ebene weiter zu stärken, wie dies in Artikel 1.3 des GATS vorgesehen ist;

Geänderter Text

5. widerspricht jedem Eingriff in den Ermessensspielraum regionaler und lokaler Gebietskörperschaften in Bezug auf Dienstleistungen gemäß Artikel 14 AEUV und Protokoll (Nr. 26) zum AEUV, insbesondere durch Regelung innerstaatlicher Regulierung, **"regulatorische Zusammenarbeit"**, Stillhalteklauseln, **Zukunftssicherungsklauseln** und Ratchetklauseln sowie Vorschriften zur öffentlichen Auftragsvergabe; fordert die Kommission daher auf, öffentliche Dienstleistungen, unabhängig davon, ob sie privat oder öffentlich finanziert sind, ganz aus den Verhandlungen über das TiSA auszuschließen und die Flexibilität der Durchsetzung von Verpflichtungen auf lokaler Ebene weiter zu stärken, wie dies in Artikel 1.3 des GATS vorgesehen ist;

Or. de

Änderungsantrag 47
Martina Michels

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

5a. fordert statt einer „Negativliste“ mit Bereichen, die vom Abkommen ausgeschlossen werden sollen, die

Geänderter Text

*Aufstellung einer „Positivliste“ mit
denjenigen Dienstleistungen oder
Dienstleistungssektoren, für die TiSA
gelten soll;*

Or. de

Änderungsantrag 48
Martina Michels

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5 b (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

*5b. ist der Auffassung, dass durch TiSA
lediglich Mindeststandards
vorgeschrieben werden sollten, das Recht
zur Einführung und Anwendung besserer
Standards nicht eingeschränkt werden
darf und fordert im Falle
unterschiedlicher Standards die
Anwendung des
Bestimmungslandsprinzips bei der
Erbringung von Dienstleistungen;*

Or. de

Änderungsantrag 50
Martina Michels

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5 c (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

*5c. lehnt jede Einschränkung der
Gestaltungshoheit der Mitgliedstaaten
und ihrer lokalen und regionalen
Gebietskörperschaften unter anderem in
den Bereichen Bildung, Kultur, Theater,
Bibliotheken, Museen, Stadt- und
Landschaftsplanung, Arbeitsschutz,
Umweltschutz, Datenschutz, öffentliches
Sozial- und Gesundheitswesen,*

*Wasserversorgung, Abfallentsorgung,
Verbraucherschutzstandards, öffentliche
Auftragsvergabe und Lizenzvergabe ab;*

Or. de

Änderungsantrag 51
Martina Michels

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5 d (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

5d. begrüßt, dass audiovisuelle Dienste ausdrücklich aus den Verhandlungen ausgeschlossen wurden, fordert jedoch ebenfalls die Ausnahme kultureller Dienstleistungen, insbesondere im öffentlichen und gemeinnützigen Bereich, den Schutz kultureller und sprachlicher Vielfalt unter besonderer Berücksichtigung der Belange von Minderheiten, auf der Basis des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen;

Or. de

Änderungsantrag 52
Martina Michels

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5 e (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

5e. weist darauf hin, dass Unternehmen in regionaler und kommunaler Trägerschaft an ein begrenztes Aktionsgebiet gebunden sind und daher das Prinzip der Gegenseitigkeit des

**Marktzugangs für sie nicht
verwirklicht ist;**

Or. de

**Änderungsantrag 53
Martina Michels**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5 f (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

**5f. lehnt über das Unionsrecht oder das
Recht der Mitgliedsstaaten
hinausgehende Einschränkungen der
Querfinanzierung von Unternehmen oder
Dienstleistungen ein und derselben
Gebietskörperschaft ab;**

Or. de

**Änderungsantrag 54
Martina Michels**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5 g (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

**5g. lehnt Erforderlichkeitsprüfungen und
die Einführung unbestimmter
Rechtsbegriffe wie „unnötig“ und
„unangemessen“ ab;**

Or. de

**Änderungsantrag 55
Martina Michels**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5 h (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

5h. fordert die Einfügung einer Revisionsklausel, um Entscheidungen zur Liberalisierung von Dienstleistungen jederzeit rückgängig machen zu können;

Or. de

Änderungsantrag 57
Martina Michels

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 6

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

6. fordert die Kommission nachdrücklich auf, regionale und lokale Gebietskörperschaften neben wirtschaftlichen und sozialen Partnern sowie Organisationen der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit den Verhandlungen über TiSA einzubeziehen und zu konsultieren, da sie diejenigen sein werden, die am meisten davon betroffen sein werden;

6. erinnert daran, dass nicht nur die Verpflichtung zur Erbringung, Kontinuität und Qualität öffentlicher Dienstleistungen Teil des Selbstverständnisses des europäischen Gesellschaftsmodells ist, sondern auch deren demokratische Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger, fordert die Kommission daher nachdrücklich auf, regionale und lokale Gebietskörperschaften neben wirtschaftlichen und sozialen Partnern sowie Organisationen der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit den Verhandlungen über TiSA einzubeziehen und zu konsultieren, da sie diejenigen sein werden, die am meisten davon betroffen sein werden;

Or. de